

Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 151, 14. MÄRZ 2014

Bürgerbüro Josip Juratovic
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
07131/783616
josip.juratovic@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*

die Außenpolitiker kennen zur Zeit vor allem ein Thema: Die dramatische Situation in der **Ukraine** und insbesondere auf der Krim. Sie erfüllt uns mit größter Sorge. Das Vorgehen Russlands verletzt die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine. Um eine Eskalation und ein weiteres militärisches Eingreifen Russlands zu verhindern, muss es jetzt heißen: Diplomatie, Diplomatie und nochmals Diplomatie. Direkte Gespräche und die Schaffung einer Kontaktgruppe unter dem Dach der OSZE können maßgeblich zur Deeskalation der Lage beitragen. Ich sehe in dieser Krise leider klare Parallelen zur Situation auf dem Balkan am Anfang der 90er Jahre und weiß, dass durch falsche Verhandlungen mit den falschen Partnern schnell nationalistische Tendenzen gestärkt werden. Darauf habe ich in der Diskussion hingewiesen.

Damit wir auch künftig gut Außen- und Sicherheitspolitik machen können, brauchen wir ein starkes Parlament. Um dies bestmöglich zu gewährleisten, beantragen wir als Koalition die Einsetzung einer „Kommission zur Überprüfung und **Sicherung der Parlamentsrechte** bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“. Sie soll prüfen, wie die Parlamentsrechte gesichert werden können

**EIN AUSZUG AUS MEINEM
TERMINKALENDER – ICH
FREUE MICH, SIE ZU TREFFEN:**

**Konzert der Musikkapelle
Bachenau**

Sa, 15.3., 19 Uhr, Bachenau

Europa-Workshop

So, 16.3., 10 – 15 Uhr, Heilbronn, Regionalzentrum, Untere Neckarstraße 50

*SPD-Mitglieder sind herzlich
eingeladen. Anmeldung bitte
über den SPD-Landesverband,
Simone Höllmüller,
simone.hoellmueller@spd.de*

*P.S.: Berlin-Brief abonnieren?
Mail an
[josip.juratovic@bundestag.de!](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)*

und Handlungsoptionen für die Anpassung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes aufzeigen. Die Kommission soll das Verhältnis zwischen Parlamentsbeteiligung und militärischer Integration in NATO und EU untersuchen. Zudem sind die verfahrensmäßigen Möglichkeiten einer frühzeitigen parlamentarischen Beteiligung zu prüfen. Es soll zudem erarbeitet werden, ob die Intensität der parlamentarischen Beteiligung je nach Art des Einsatzes variieren könnte. Der Kommission sollen 16 Mitglieder der vier Fraktionen angehören. Sie soll sich unverzüglich konstituieren und dem Deutschen Bundestag innerhalb eines Jahres Prüfungsergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles führt derzeit Gespräche mit Sozialpartnern und Branchenvertretern zur Vorbereitung des **Tarifpakets**. In diesem Paket wird der Mindestlohn, die Aufnahme aller Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowie die Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen nach dem Tarifvertragsgesetz umgesetzt. Der Gesetzentwurf soll vor Ostern ins Kabinett. Damit hält die SPD Wort, eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen und für würdige Löhne zu sorgen. Dabei gilt weiterhin: Es wird für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen keine Ausnahmen vom Mindestlohn geben. Nur wer in einem Ausbildungsverhältnis oder in einem Ehrenamt steht oder ein Pflichtpraktikum absolviert, für den wird der Mindestlohn keine Anwendung finden, da es sich hierbei nicht um Arbeitnehmertätigkeit im Sinne des Gesetzes handelt. Andrea Nahles geht den richtigen Weg, indem sie derzeit die besonderen Herausforderungen mit den einzelnen Branchen bespricht, noch bevor das Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht wird.

Mit großer Freude und Dankbarkeit für das Vertrauen meiner Bundestagskollegen darf ich abschließend mitteilen, dass ich am Dienstag zum **Integrationsbeauftragten** der SPD-Bundestagsfraktion gewählt wurde. Gemeinsam mit Aydan Özoğuz, der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, werde ich mich in diesem Amt für bessere Teilhabe aller Menschen in Deutschland einsetzen. Ich freue mich auf die neue Aufgabe und möchte eine Politik betreiben, die allen Menschen mit Migrationshintergrund und ihren jeweiligen Situationen gerecht wird, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Durch meine eigenen Erfahrungen als Gastarbeiter weiß ich, dass Integration die gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben bedeutet. Dazu brauchen wir in Deutschland eine noch bessere Förderung und gleiche Chancen, vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Als Integrationsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion verstehe ich mich als Ansprechpartner für Organisationen aus dem Bereich der Integrationspolitik. Meine neue Position ist eine Querschnittsaufgabe, denn Anforderungen an die Integration gibt es in allen Bereichen unseres Lebens. Für diese vielschichtigen Herausforderungen werde ich in den nächsten Jahren da sein.

Mit freundlichen Grüßen

